

orf.at: Ministerium will breite Diskussion zu Artenschutzmaßnahmen

Artikel zitiert nach orf.at [abgerufen am 05.08.2020]

<https://orf.at/stories/3176290/>

Ministerium will breite Diskussion zu Artenschutzmaßnahmen

Was in Österreich für den Artenschutz und die Biodiversität getan wird, gibt in vielen Bereichen die nationale Biodiversitätsstrategie vor. Auf zehn Jahre angelegt, läuft die aktuelle Strategie heuer aus. Eine neue soll deshalb eigentlich noch dieses Jahr verabschiedet werden.

Bereits 2018 begannen das damalige Nachhaltigkeitsministerium und das Umweltbundesamt mit der Arbeit an der Biodiversitätsstrategie 2030. Das Ergebnis des Prozesses, in den auch zahlreiche Expertinnen und Experten eingebunden waren, ist ein 20-seitiges Papier. Über dieses soll laut Klimaschutzministerium nun diskutiert werden.

Teilnahme auch per Fragebogen

Diese Woche startete auf der Website Biodiversitätsdialog2030.at die öffentliche Konsultation. Bis 27. September können nicht nur Interessenverbände und andere Organisationen, sondern auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung einbringen. Sei es per Kommentar zu einem konkreten Punkt, sei es durch die – anonyme – Teilnahme an einer Onlinebefragung.

Und Meinungen zu dem Thema gibt es wohl viele: Die in dem Papier vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen die Land- und Forstwirtschaft ebenso wie die Industrie, den Verkehr und den Tourismus. „Wir freuen uns daher auf vielfältige Kommentare zur Biodiversitätsstrategie 2030 – diese sind ein Meilenstein in diesem Prozess“, so Ressortchefin Leonore Gewessler (Grüne) in einer Aussendung.

EU-Strategie im Mai vorgestellt

Österreich handelt nicht national losgelöst. Seit 1994 ist das Land Vertragspartei des UNO-Übereinkommens über die biologische Vielfalt. Erst im Mai präsentierte die EU-Kommission die EU-Biodiversitätsstrategie für 2030. Deren Vorgaben flossen laut Ministerium ebenfalls in das nun zur

Diskussion gestellte Papier ein.

Die EU-Strategie rief dabei auch innerhalb der österreichischen Regierung unterschiedliche Reaktionen hervor. „Die Reduktion der Betriebsmittel und der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind massive Einschnitte in die europäische Lebensmittelproduktion“, sagte etwa Anfang Juni Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP). Die EU-Strategien „sind ein wichtiger erster Schritt für mehr Artenvielfalt und auch zur Umsetzung des Green Deal“, hieß es hingegen von Klimaschutzministerin Grewer.

mars, ORF.at